

Bereits vor der Einführung gestufter Studiengänge bot die Kritik am Bologna-Prozess den ProfessorInnen vieler deutscher Universitäten eine behagliche Gelegenheit, Bonmots der Verachtung zirkulieren zu lassen. Das ist schon deswegen schade, weil jede in der Sache berechtigte Kritik Gefahr läuft, als milieugeprägte Abwehrhaltung desavouiert zu werden. Angesichts von Rundumschlägen, wie sie unlängst aus freien Stücken der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler, auszuteilen für richtig befand (ohne die Hochschulen zu konsultieren), ist die grassierende Bologna-Kritik jedenfalls auf dem besten Wege, dem Selbstgerechtigkeitsniveau akademischer Stammtische zu neuen Höhen zu verhelfen. Zunehmend enervierend hierbei ist, dass das am massivste

Kritisierte mitnichten auf die Ideen und Abkommen des Bologna-Prozesses, sondern vielmehr auf peinliche Gestaltungsschwächen der Hochschulen zurückgeht. Hieß es nicht beim unwilligen Start der Reform: Wenn schon Bologna, dann auch jedem Lehrstuhl ein Modul, wenn schon studienbegleitende Prüfungen, dann auch jeder Lehrveranstaltung eine prüfungsrelevante Leistung? In der Folge derart fauler, den professoralen Betriebsfrieden sichernder Kompromisse wurden dann in der Tat erste Bachelorstudiengänge dergestalt zusammengeschustert, dass die studentischen Probandinnen und Probanden angesichts überfüllter Stundenpläne mit Recht das Wort von der fehlenden Studierbarkeit prägten und auf die Straße gingen.

Michael Kämper-van den Boogaart ist Literaturwissenschaftler, Fachdidaktiker und Vizepräsident für Studium und Internationales der Humboldt-Universität zu Berlin. Kämper-van den Boogaart ist Fachreferent bei iasonline und Fachberater des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Lehrkonzeption des Deutschunterrichts, die Literaturtheorie und -soziologie sowie die Geschichte der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts.



Glücklicherweise gelang es ihnen gemeinsam mit den gestaltungswilligen Reformern, die keineswegs symbolischen Anwesenheitslisten, unflexible Teilnahmevoraussetzungen und geistarme Prüfungsorgien unter den Vorbehalt einer Revision zu rücken. Was vielerorts, aber nicht flächendeckend in dieser zweiten Phase des Bologna-Prozesses stattfand und zuweilen als Bologna 2.0 verhandelt wurde, war nicht nur ein Update, das die schlimmsten Systemabstürze verhinderte, sondern – zumindest gelegentlich – auch ein sinnvoller Aushandlungsprozess, in

zu kritikfähigen Studierenden abgefangen. Dabei wird übersehen, dass die Bologna-Reform an den Hochschulen zu einer bisher nicht gekannten Bürokratisierung geführt hat. Die Beschreibung eines einzelnen Studiengangs, die vor der Bologna-Reform häufig in eine einzige Klarsicht-hülle gepasst hat, füllt inzwischen mehrere Aktenordner, weil letztlich stundengenau definiert werden muss, was und wie Studierende zu lernen haben. Die Studien- und Prüfungsordnungen, die fächerspezifischen Bestimmungen und die Modulhandbücher von Studiengängen sind inzwischen so umfangreich geworden, dass selbst die meisten Lehrenden des Studiengangs sie nicht mehr kennen.

Die Bukarest-Erklärung vom April dieses Jahres, wird dieser Bürokratisierung des Studiums noch einen weiteren Schub geben. In einer Passage wird gefordert, dass die Definition von Lernzielen weiter vorangetrieben werden soll und diese mit dem Leistungspunktesystem zu koppeln sei. Das bedeutet letztlich nichts anderes, als dass für jedes Modul,

„Nicht alles Schlechte kommt aus Bologna“
„Wie heutzutage Hochschulen“

Das die Ziele der Bologna-Konferenz in vielen europäischen Ländern bisher nicht erreicht wurden, wird nicht auf ein Zuviel, sondern auf ein Zuwenig von Bologna zurückgeführt. Die Kritik an einem europaweit standardisierten Leistungspunktesystem, mit dem jede Stunde, die ein Student oder eine Studentin in ihrem Studium zu studieren hat, im Voraus kalkuliert werden muss, wird von den Bildungsministern einfach ignoriert. Die Proteste der Studierenden gegen die zunehmende Verschulung ihrer Studiengänge werden mit symbolischen Maßnahmen wie Abschaffung von Anwesenheitslisten oder mit Lippenbekenntnissen

denen alle Beteiligte Ansprüche und Erwartungen an Lehre kommunizierten. Hierbei zeigte sich, dass mittlerweile auch Studierendenvertreter sich in der Bologna-Semantik verfangen haben. Dies gilt insbesondere für die in der Tat eher schräge Quantifizierung der sogenannten Workload-Erwartungen, über die ja eigentlich nur grob indiziert werden sollte, mit welcher Arbeitsintensität in den einzelnen Lehrveranstaltungen zu rechnen ist. Dass dies im ECTS in Form von Zeiteinheiten (ursprünglich je 30 Stunden pro Punkt) geschieht, ist einerseits ziemlich sinnvoll, sind doch derartige Zeiteinheiten international wenig interpretationsbedürftig. Andererseits werden Vorstellungen eines Studierens geweckt, die wahrlich absurd sind. Soll man etwa das Buch zuklappen, weil man die erforderliche Stundenzahl darin gelesen hat? Brauchen wir gar alle dieselbe Zeit, um uns bestimmte intellektuelle Modelle anzueignen? Natürlich nicht! Und deshalb sollte man die Stoppuhr getrost beiseitelegen und sich entspannt aufs Eigentliche konzentrieren. Ähnliches gilt für den Abschluss

des Studiums: Nimmt man sich für diesen mehr Zeit, geschieht dies unter denselben Vorzeichen wie vor der Reform. Man muss nicht mit Repressionen der Universität rechnen, wohl aber mit dem Auslaufen der Bafög-Unterstützung. Wo es anders ist, haben Unis oder Länder nur die Gelegenheit von Bologna genutzt, um eigene Verschärfungen vorzunehmen. Statt mit solchen Verschärfungen der Tendenz eines verschulten Studiums zuzuspielen, plädiere ich dafür, den durch die europäischen Vereinbarungen gesetzten Rahmen kreativ zu nutzen und hastig platzierte Barrieren wegzuräumen, um auf diese Weise tatsächlich einem europäischen Hochschulraum näherzukommen.

Michael Kämper-van den Boogaart

vielleicht sogar für jede einzelne Veranstaltung definiert werden muss, was gelernt wird und wie viel Zeit die Studierenden dafür einzuplanen haben. Die Planungsphantasie ist letztlich, dass für Philosophiestudenten vorausgeplant

wird, dass sie genau 90 Stunden Zeit haben, die Hegelsche Rechtsphilosophie zu begreifen und ihre erworbene Kompetenz dann in einem Exposé von acht Seiten nachzuweisen haben. Ein solches Modell mag sich für Sprachschulen eignen, für Fachhochschulen und Universitäten mit den kaum zu planenden Aneignungsstrategien von Studierenden ist es völlig ungeeignet.

Bisher ist diese Planungsphantasie lediglich eine kleine Passage in einer unverbindlichen Absichtserklärung der europäischen Bildungsminister. Schließlich haben sie keine

formale Kompetenz, über die nationalen Parlamente hinweg die Hochschulpolitik festzulegen. Aber es ist jetzt schon absehbar, dass in den Landesparlamenten auch weiterhin solche unverbindlichen Erklärungen in Gesetze gegossen werden mit dem Argument, dass man sich auf europäischer Ebene ja auf eine solche Regelung geeinigt habe und dass man als einzelnes Bundesland schließlich nicht ausscheren

könne. Wenn dieser Fall eintreten sollte, wird der Effekt nicht nur eine weitere Bürokratisierung sein, sondern besonders auch eine weitere Verschulung des Studiums sein, weil jede Lernphase im Voraus geplant werden muss.

Stefan Kühl studierte Soziologie, Geschichtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft an der Universität Bielefeld, Johns-Hopkins-University Baltimore, Université Paris-X-Nanterre und University of Oxford. Seit 2007 ist er Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld. Seine Forschungsgebiete sind die Gesellschaftstheorie, die Organisationssoziologie, die Interaktionssoziologie, die Industrie- und Arbeitssoziologie, die Professionssoziologie und die Wissenschaftsgeschichte. Vor kurzem ist von ihm „Der Sudoku-Effekt. Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie“ (transcript-Verlag) erschienen.



Foto: Metzplant